

Ortsamt Blumenthal

### Protokoll über die öffentliche Sitzung

**des Gremiums:** Beirat Blumenthal  
**am:** Montag, 08.02.2016  
**Ort:** Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,  
28779 Bremen

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

#### **Sitzungsteilnehmer:**

Balz, Fritjof  
Bensch, Thilo  
Bhandal, Petra  
Kay Bienzeisler  
Koch, Reinhold  
Krohne, Anke  
Meyer, Walter  
Pfaff, Andreas  
Pfeiff, Marcus  
Reimers-Bruns, Ute  
Riegert, Jutta  
Runge, Mark  
Schupp, Alex  
Thormeier, Hans-Gerd  
Weidemann, Susanne

Ortsamtleiter Peter Nowack, Vorsitz  
Verwaltungsbeamtin Heike Rohde, Protokoll

Es fehlt:

Dettmer, Brigitte - entschuldigt

#### **Gäste:**

**Dr. Heidemarie Rose**, Leiterin der Abteilung Junge Menschen bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

**Diana Göhmann**, Referat 20 (Landesjugendamt) bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

**Birgit Struß**, pädagogische Gesamtleiterin Akademie Lothar Kannenberg, Bothel

**Ralf Töllner**, stv. Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord

**Hartmut Cassens**, stellv. Leiter des Polizeireviere Blumenthal

## Tagesordnung:

1. **Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**
2. (19:05 Uhr) **Genehmigung der Protokolle** der öffentlichen Beiratssitzungen vom 14.12.2015 und 11.01.2016 sowie der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 30.11.2015 und 11.01.2016.
3. (19:10 Uhr) **Mitteilungen**
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. der Beiratssprecherin
4. (19:15 Uhr) **Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**
5. (19:20 Uhr) **Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**
  - a. Bürgerantrag: Erhalt des FA Bremen-Nord im bisherigen Umfang
6. (19:30 Uhr) **Rekumer Str. 12 – bisherige Erfahrungen**

dazu: **Dr. Heidemarie Rose**, Leiterin der Abteilung Junge Menschen bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
**Diana Göhmann**, Referat 20 (Landesjugendamt) bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
**Birgit Struß**, pädagogische Gesamtleiterin Akademie Lothar Kannenberg, Bothel  
POR **Kevin Hamann**, Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord
7. (20:45 Uhr) **Wahl eines Mitgliedes der Fraktion Bürger in Wut für den Ausschuss Blumenthal Zentrumsentwicklung**
8. (20:50 Uhr) **Wahl eines Mitglieds gemäß § 23 (5) OBG der FDP für den Ausschuss Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt**
9. (20:55 Uhr) **Anträge**
  - a. SPD – Antrag: Aufruf zu ehrenamtlichen Engagement an Schulen  
→ verwiesen in den Beirat aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendinteressen vom 25.01.2016
  - b. CDU – Antrag: Umsetzung und Bau einer Bedarfsampel bei der Kita Farge
  - c. CDU – Antrag: Planungsstand Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Farge
  - d. Linke – Antrag: Danke an Ehrenamtliche
  - e. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Stadtteilbudgets transparent ausweisen
  - f. Herr Balz – (Dringlichkeits-) Antrag zum Thema Betrug an älteren Mitbürgern
  - g. Die Linke – (Dringlichkeits-) Antrag: Gullydeckel befestigen
  - h. Die Linke – (Dringlichkeits-) Antrag: Schäden in der Mühlenstraße
10. (21:15 Uhr) **Verschiedenes**

### **TOP 1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden, erklärt, dass Frau Dettmer sich für die heutige Sitzung entschuldigt habe und damit 16 Beiratsmitglieder anwesend seien. Herr Hamann hat kürzlich den Dienstposten gewechselt, weswegen Herr Töllner als stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Nord anwesend ist.

Da bereits auch das Protokoll der Beiratssitzung vom 04.01.2016 versendet wurde, jedoch nicht mit auf der Tagesordnung steht, fragt Herr Nowack, ob über das Protokoll dennoch bereits abgestimmt werden könne.

Frau Krohne bittet um Abstimmung erst im März.

Herr Nowack lässt daher über die Tagesordnung wie vorliegend abstimmen.

Ergebnis:

16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit angenommen und wird wie vorliegend abgearbeitet.

## **TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzungen vom 14.12.2015 und 11.01.2016 sowie der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 30.11.2015 und 11.01.2016.**

Herr Nowack fragt, ob über die Protokolle en bloc abgestimmt werden kann.

Dem wird zugestimmt.

Es folgt die Abstimmung.

Ergebnis:

14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung.

Die Protokolle sind damit angenommen.

## **TOP 3: Mitteilungen**

### **a) aus dem Ortsamt**

### **b) des Beiratssprechers**

a.

Herr Nowack berichtet:

- Nachdem für den Umbau des Busbahnhofs die Rodungsarbeiten begonnen haben, gab es intensive Debatten über den künftigen Verbleib der traditionellen Relikte, die am Bahnhof aufgestellt sind.  
Was passiert mit „Sir Charles“, mit der Gießpfanne und dem Anker?  
Gießpfanne und Anker sind bereits abgebaut und werden eingelagert, bis der Bahnhof fertiggestellt ist. Danach werden sie wieder aufgestellt.  
„Sir Charles“ wird ab dem 22.02. durch einen Steinmetz abgebaut und wird eingelagert, bis über einen neuen Standort entschieden wurde, an dem er wieder aufgebaut wird.

Herr Schwarz ist irritiert, da es für den Standort von „Sir Charles“ doch bereits einen Beiratsbeschluss gebe. Er fragt weiter, ob für Anker und Gießpfanne schon Standorte beschlossen wurden, es kämen evtl. doch auch die Bahrsplate oder das Dewers-Gelände in Frage.

Herr Nowack erwidert, dass sich der für „Sir Charles“ beschlossene Standort nicht realisieren lasse, da es sich um ein Privatgrundstück handele, dessen Eigentümer dagegen sei. Der Eigentümer gibt zu bedenken, dass die Statue am geplanten Standort schnell zuwachsen werde und ein Freischnitt durch ihn nicht erfolgen könne. Inzwischen wird auch das Grundstück des ehemaligen Verwaltungsgebäudes in Erwägung gezogen, Kontakt zum Eigentümer soll hergestellt werden.

Da gemäß Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter (OBG) der Beirat über einen Standort entscheidet, wird um Vorschläge gebeten, die im Kulturausschuss diskutiert werden sollen.

b.

Frau Reimers-Bruns berichtet von der letzten Beirätekonferenz, in der die Stadtteilbudgets vorgestellt wurden. Demnach solle es ca. 55.000 € für Blumenthal geben. Die Summen seien für die Beiratssprecher(innen) nicht zufriedenstellend, man sei aber vorerst damit einverstanden, um u. a. die Zusammenarbeit mit dem Ressort „zu testen“. Die

Beiratssprecher(innen) erachten allerdings Stadtteilbudgets nur für den Bereich „Verkehr“ als nicht ausreichend und fordern auch Gelder für die Bereiche Kinder, Bildung und Soziales ein. Für die vom Ressort versandten Verkehrsrichtlinien sollen Beiratsvoten bis zum 18.03.2016 abgegeben werden.

Die Bürgersprechstunde des Beirats findet am 18.02.2016 in der Schule Farge-Rekum, Gebäude Rekum statt.

Am 05.03.2016 um 15.00 Uhr sind alle Interessierten eingeladen zur Teilnahme an einer „Zukunftswerkstatt“ im Hotel Union.

Herr Schwarz erklärt, seines Wissens habe das Bauressort noch Klärungsbedarf zu den Unterhaltungskosten der von den Beiräten beschlossenen Maßnahmen. Er möchte wissen, ob das Thema auf der Beirätekonzferenz besprochen wurde.

Frau Reimers-Bruns erwidert, dass das noch nicht geklärt sei. Auch ob ein Beiratsbeschluss, mit dem das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) sich nicht einverstanden erklärt, durch die Deputation geschlichtet werden solle, sei noch umstritten.

Herr Nowack erklärt, dass das Thema „Richtlinie Verkehr“ in Absprache mit Frau Reimers-Bruns am 14.03.2016 auf die Tagesordnung gesetzt werde.

#### **TOP 4. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Herr Schwarz wartet seit etlichen Monaten auf einen Tagesordnungspunkt in einer Beiratssitzung, zu dem Vertreter der Justiz eingeladen werden. Er erwartet, dass dies in Kürze umgesetzt werde.

Herr Nowack erwidert, dass er bereits im letzten Jahr ein lockeres Gespräch mit dem Direktor des Amtsgerichts geführt habe, der sich grundsätzlich bereit erklärt habe, zu kommen. Allerdings habe ein Termin bisher „Tagesordnungs-mäßig“ nicht gepasst.

Herr Thormeier meint, die Anwesenheit eines Jugendrichters sei ursprünglich schon für diese Sitzung vorgesehen gewesen. Spätestens in der übernächsten Sitzung möchte er jemanden von Justiz dabei haben.

Frau Reimers-Bruns erklärt, im Sprecherausschuss wurde besprochen, dass ein Jugendrichter zu einem anderen Zeitpunkt kommen solle.

Herr Koch regt an, beim Umbau des Bahnhofplatzes eine Ladestation für E-Mobilität dort zu verankern, Außerdem könnten Car-Sharing-Plätze eingerichtet werden.

Herr Schwarz merkt an, dass das Thema „Car-Sharing“ bereits vor zwei Jahren vom Beirat angedacht war, die Betreiber jedoch erklärt hätten, dass sie keine Nachfrage sehen würden.

#### **TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

##### a. Bürgerantrag: Erhalt des FA Bremen-Nord im bisherigen Umfang

Der Beirat nimmt den Antrag zur Kenntnis und empfiehlt eine Behandlung im Regionalausschuss Bremen-Nord, der voraussichtlich am 29.02.2016 stattfinden wird.

##### Mündliche Bürgeranträge:

Bürgerin A bittet, noch einmal zu ihrem Bürgerantrag aus dem letzten Jahr nachzufassen und ergänzt, dass die Gullydeckel Am Steending beim Überfahren heftig knallen würden.

Bürger B bittet um Überprüfung des Straßenschadens in der Eggestedter Straße gegenüber Hausnummer 40, dort sei die Straße um 4-5 cm abgesackt.

Bürgerin C erklärt, am Bahnhof gebe es seit längerer Zeit keine Fahrkartenstelle und regt an, eine solche beim Umbau mit einzurichten.

Weiter bemängelt sie die Müllsituation in der Bürgermeister-Kürten-Straße, dort stapelt sich der Müll in den Hauseingängen und bei Beschwerden beim Vermieter empfehle dieser, man solle doch umziehen.

Bürger D fragt, wie lange sich die Baustelle in der Mühlenstraße noch hinziehen werde und bezweifelt, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Fresenbergstraße erkannt wird. Herr Nowack erwidert, dass für den gesamten Komplex in der Mühlenstraße inzwischen über einen Bauantrag beschieden wurde und hoffentlich in Kürze die Bauarbeiten beginnen werden. Die Fresenbergstraße wurde inzwischen beidseitig von der Kaffeestraße aus beschildert.

### **TOP 6: Rekumer Str. 12 – bisherige Erfahrungen**

*dazu: Dr. Heidemarie Rose, Leiterin der Abteilung Junge Menschen bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
Diana Göhmann, Referat 20 (Landesjugendamt) bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
Birgit Struß, pädagogische Gesamtleiterin Akademie Lothar Kannenberg, Bothel  
Ralf Töllner (für POR Kevin Hamann), stv. Leiter der Polizeiinspektion Bremen-Nord*

Herr Nowack gibt einen kurzen Rückblick über die Entstehung der Einrichtung in der Rekumer Str. 12 und erklärt, dass der Beirat beschlossen habe, dass der TOP maximal 75 Minuten in Anspruch nehmen solle.

Zunächst bittet er die Gäste um eine kurze Darstellung der Situation aus ihrer spezifischen Sicht.

Frau Dr. Rose berichtet aus gesamtstädtischer Sicht. Zu Beginn der Debatte über eine Einrichtung für straffällig gewordene, unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) ging man von bestimmten Zugangszahlen aus, die dann nichts mit der tatsächlichen Entwicklung zu tun hatten. Damals kamen jährlich knapp 500 umA nach Bremen, im 2. Halbjahr 2015 waren es bereits jeden Monat 500 Jugendliche. Insgesamt kamen bis zum 01.11.2015 2600 Jugendliche nach Bremen.

In dieser Gruppe gab es immer auch Jugendliche mit größeren Problemen. Es handelt sich um eine kleine Gruppe, die sowohl sich selbst als auch den Bürgerinnen und Bürgern Probleme bereiten.

Für diese Gruppe wurde ein Gesamtkonzept entwickelt, in das die Einrichtung Rekumer Str. 12 als kleiner zugehöriger Teil gehört.

Seit dem 01.11.2015 gelten neue Gesetze. Mit den neuen Gesetzen ist eine Umverteilung der umA wie bei den Erwachsenen über das EASY-Verfahren möglich. Seitdem erfolgt unter Beachtung des Kindeswohls eine Umverteilung der umA in andere Bundesländer.

Inzwischen verzeichnet man einen starken Rückgang bei der Ankunft, im Januar 2016 kamen nur noch 160 umA nach Bremen. Die Verteilung erfolgt zu nahezu 100 %.

Momentan sind noch 600 Jugendliche in Notmaßnahmen wie Turnhallen oder Hotels untergebracht. In der Erstaufnahmestelle Steinsetzer Straße leben aktuell 100 Jugendliche. Bremen wird sicher noch bis Ende 2016 weiter ein Abgabeland sein. Für die Jugendlichen, die nicht verteilt werden, gelte es, Bleibeperspektiven zu entwickeln. Die Einrichtung Rekumer Str. 12 gilt als Versatzstück zum Konzept.

Frau Göhmann ergänzt, um den Schutz der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, erfolge seitens des Landesjugendamtes eine ständige Beratung (auch Bauberatung) der Träger der Einrichtungen. Die Einrichtung Rekumer Str. 12 erfolgte in Kooperation des Senators für Inneres zusammen mit der Akademie Kannenberg und habe sich sehr gut entwickelt. Inzwischen hätten auch viele Anwohner die Einrichtung besucht. Der „holprige Start“ wurde eng von der Polizei begleitet.

Anfangs lebten 3 bis 4 Jugendliche in der Einrichtung, von denen einige inzwischen weitergezogen seien. Es habe auch einige Polizeieinsätze gegeben. Es handele sich um eine lebendige Einrichtung, deren Konzept ständig weiterentwickelt werde. Man sei auf einem guten Weg und in engem Austausch.

Frau Struß erklärt, sie sei seit dem 15.12.2015 die Pädagogische Gesamtleiterin der Einrichtungen der Akademie Kannenberg in Bremen.

In einem kürzlichen Gespräch mit Jugendrichtern und Bewährungshelfern wurden die Vernetzung und die Gespräche sowie die Zusammenarbeit mit den beteiligten Stellen gelobt. Zurzeit leben in der Einrichtung 5 besonders schwierige Jugendliche, die lange auf der Straße gelebt hätten. Es sei aus pädagogischer Sicht ein Erfolg, dass diese Jugendlichen nun nach Tagesstrukturen leben würden. Seit kurzem unterrichtet eine Lehrerin die inzwischen hoch motivierten Jugendlichen morgens zwischen 9 und 13 Uhr. Für den Sommer erhofft man sich eine Einschulung in einer Regelschule.

Es handele sich um ein anspruchsvolles Arbeitsfeld mit ersten kleinen Erfolgen. Es habe aber auch Rückschläge gegeben, so seien einige Jugendliche erneut straffällig geworden, einige säßen inzwischen auch im Gefängnis.

Herr Töllner ergänzt, dass sich von den neun der Einrichtung zugeteilten Jugendlichen zwei in Haft befänden, von einem habe man sich getrennt und ein weiterer sei vermisst. Es gebe keinen ständigen Bestand an Jugendlichen, die Belegung sei immer im Fluss. Inzwischen seien 20 Jugendliche durch die Einrichtung gegangen mit einer Aufenthaltsdauer von 3 bis 13 Monaten. Alle dieser Jugendlichen seien ihres Verhaltens wegen in intensivpädagogischer Betreuung, alle seien bisher durch Straftaten aufgefallen. Die Polizei habe eine besondere Ermittlungsgruppe gegründet, die in engem Austausch mit anderen Behörden stehe und eine Prioritätenliste erstellt habe. Auch Strafverfahren werden durchgeführt.

Die Polizei bewertet nicht das pädagogische Konzept, die Zusammenarbeit mit der Einrichtung wird aber als sehr gut bewertet. Man sei immer aktuell informiert und werde frühzeitig eingebunden, was jedoch auch zur Folge habe, dass das Bild nach Außen nachteilig erscheine, da öfter die Polizei vor dem Haus stehe.

Die jetzige Bewohnerschaft entwickle sich zur Hälfte sehr positiv, die andere Hälfte müsse noch lernen.

Auf die Sicherheit in Bremen-Nord habe die Einrichtung bisher keine bedeutsamen Auswirkungen gehabt, erst Recht nicht auf Blumenthal.

In der folgenden Diskussion werden Fragen der Beiratsmitglieder beantwortet. *(Anmerkung: Die Antworten sind zum besseren Verständnis direkt den Fragen zugeordnet.)*

#### Frau Weidemann:

- Wäre es nicht sinnvoll oder sogar notwendig, den Trägern der Einrichtung die Vormundschaft über die Jugendlichen, die hier durch das Jugendamt ausgeübt wird, zu geben? In anderen Bundesländern hätten auch die Träger oder Vereine die Vormundschaft.

#### Antwort:

Es ist bundesweit nicht möglich, dass eine Einrichtung die Vormundschaft übernimmt. Bei der Einrichtung handelt es sich um den Lebensort, bei dem anderen um den amtlichen oder ehrenamtlichen Vormund. Diese Gewaltenteilung sei auch sinnvoll. Der Träger müsse eine Leistung bringen und der Jugendliche brauche einen eigenen Fürsprecher.

- Im Jahr 2015 forderte der damalige Bremer Bürgermeister Böhrnsen die schnelle Gründung einer geschlossenen Einrichtung für straffällig gewordene umA. Wann, wo

und wie ist mit einer Umsetzung der Forderung zu rechnen und wie soll die Personalstruktur dort aussehen?

Antwort:

Eine geschlossene Einrichtung wurde frühzeitig gefordert, es gibt sie aber noch nicht. Im Koalitionsvertrag wurde bestätigt, einen Auftrag dafür vorzulegen in Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg, die auch eine solche Einrichtung wünscht. Im März soll dazu ein Konzept vorliegen, eine Umsetzung wird wohl erst 2017 erfolgen. Als Standort wird das Gelände der ehemaligen Jugendvollzugsanstalt geprüft.

- Wird die Integration der Jugendlichen in den Schulen oder im Arbeitsmarkt bereits getätigt?

Antwort:

Hier steht man noch am Anfang, erst einmal sei die Sprachvermittlung vorrangig. Dazu gebe es gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Einrichtungen. Auch eine Integration in Sportvereinen sei ein Ziel, die Jugendlichen müssten jedoch erst lernen, ihre Gefühle zu regulieren.

Ein Farger Sportverein hätte von außen Druck bekommen, als er beabsichtigte, Bewohner der Rekumer Str. 12 aufzunehmen. Zudem sei es auf dem Sportplatz zum Teil zu emotionalen Ausfällen gekommen mit der Folge, dass die Fußballer die Jugendlichen nicht mehr dabei haben wollten.

Die Jugendlichen müssten zunächst einmal erfahren, dass sie auch Schutz erleben können.

- Was ist an dem Betreuungskonzept als verbesserungswürdig zu sehen und wie kann ggf. der Beirat dabei helfen?

Antwort:

Eine Verbesserung ist immer möglich, Strukturen als Teil der Jugendwohngemeinschaft müssen evtl. verändert werden. Die Konzepte stehen immer auf dem Prüfstand.

Herr Thormeier:

- Bei der Vorstellung des Konzepts durch Herrn Kannenberg wurde dieses als sehr streng strukturiert beschrieben, wird aber wohl in dieser Form nicht durchgeführt. Gibt es noch die Möglichkeit, dieses Konzept in der Zukunft noch umzusetzen?

Antwort:

Das Konzept habe in vielen Einrichtungen der Akademie sehr gut funktioniert, in der Rekumer Str. habe man jedoch festgestellt, dass es hier nicht greife. Es werde zum Beispiel nicht mehr um 5.30 Uhr aufgestanden, sondern erst gegen 7.30 – 8.00 Uhr.

- Nach Kenntnis von Herrn Thormeier gibt es sehr wohl eine Übernahme der Vormundschaft durch die Akademie in anderen Bundesländern.

Antwort:

Die Akademie habe für keinen Jugendlichen die Vormundschaft, das sei auch nicht gewollt und zudem rechtlich nicht möglich. Das Betreiben der Einrichtung und die Übernahme der Vormundschaft sei aufgrund von Vorkommnissen in den 50er und 60er Jahren gesetzlich getrennt worden.

- Wie steht das Sozialressort dazu, dass es noch keine geschlossene Einrichtung in Bremen gibt? Wann soll die Planung abgeschlossen sein und die Einrichtung zur Verfügung stehen?

Antwort: (Frau Dr. Rose als Person)

Eine Jugendhilfeeinrichtung mit freiheitsentziehenden Maßnahmen könne eine Antwort für einzelne Jugendliche sein, sei aber schwierig. In der Bundesrepublik gebe es ca. insgesamt 400 solche Plätze, neuere Einrichtung wurden oft schon wieder geschlossen. Es handele sich um ein schwieriges Arbeitsfeld. Eine Unterbringung dort könne nur auf Antrag einer Aufsichtskommission vom Familiengericht entschieden werden, nicht aber auf Entscheidung eines Jugendrichters, dieser könne nur in eine Haftvermeidungsanstalt verweisen.

Eine Unterbringung mit freiheitsentziehenden Maßnahmen könne auch immer nur eine Antwort für einen einzelnen Menschen sein, nicht aber für eine ganze Gruppe. Für Jugendliche, die sich und andere gefährden, könne das eine Antwort sein, es gebe aber extrem hohe Auflagen und gute Übergänge zurück müssten gewährleistet werden. Eine Unterbringung mit freiheitsentziehenden Maßnahmen könne nur Teil eines Gesamtkonzepts sein. Ein gemeinsames Konzept mit Hamburg soll dazu vorgelegt werden.

- Zum Thema Vandalismus in der Einrichtung: Trägt das Sozialressort die Renovierungskosten und wie werden die Jugendlichen ggf. zur Verantwortung gezogen?

Antwort:

Die Kosten trägt die Akademie. Die Jugendlichen müssen Schadenswiedergutmachung leisten. Möglich könne dies sein durch Zahlung des Taschengeldes und durch Hilfe bei den Renovierungsarbeiten. Eine Entschuldigung wird ebenfalls verlangt.

- Wie viele umA werden auf andere Bundesländer verteilt und wie lange dauert die Umverteilung?

Antwort:

Bereits etwas über 300 Personen wurden schon verteilt.

Zunächst erfolgen die Altersfeststellung, die erkenntnisdienliche Behandlung, die Gesundheitsprüfung und die Kindeswohlprüfung. Die Prüfungen müssen innerhalb von zwei Monaten erfolgt sein, sonst sind die Jugendlichen nicht mehr verteilbar. Bisher hat Bremen keine Frist verstreichen lassen.

Nachfrage Herr Thormeier:

- Wenn die Errichtung einer geschlossenen Einrichtung so schwierig sei, was halte man denn von dem „Berliner Weg“ (Kurzarrest über 30 Tage)?

Antwort:

Wenn das rechtsstaatlich möglich ist, sei das kein Problem. Man sei schon einige Male diesbezüglich an den Justizsenator herangetreten, bisher habe es jedoch Gründe gegeben, das nicht zu tun. Es handele sich dabei aber durchaus um eine adäquate Antwort.

Herr Runge:

- Wie erfolgt die Altersfeststellung?

Antwort:

Es erfolgt eine Befragung durch zwei Personen mit einem zusätzlich anwesenden Übersetzer. Eine Einteilung erfolgt in die Kategorien „zweifelsfrei minderjährig“ oder „zweifelsfrei über 18“. Gibt es hier keine eindeutige Einordnung, ist eine medizinische Untersuchung möglich. Eine solche musste bisher nicht angewendet werden. Ein Verfahren für eine medizinische Untersuchung befindet sich im Aufbau in Zusammenarbeit mit einer Klinik.



- Wie hoch sind insgesamt die Kosten für das Jahr 2015 für die Rekumer Str. 12?  
Antwort:  
Für die Akademie kann eine Antwort dazu nicht gegeben werden, da der kaufmännische Leiter der Akademie nicht anwesend ist.  
Das Sozialressort legt keine Rechnungen offen. Pauschal kann gesagt werden, dass ein Platz etwa 150 bis 200 € pro Tag kostet.
- Es sollen 20 verschiedene Personen bisher die Einrichtung durchlaufen haben, aus welchen Herkunftsländern kamen sie und was passiert, wenn diese Herkunftsländer zukünftig als sicher erklärt werden?  
Antwort:  
Sollten die Herkunftsländer als sicher eingestuft werden, ist das weitere Vorgehen eine Sache der Politik. Es sei noch nichts entschieden, aber wohl auch dann sei immer ein begründeter Anlass für eine Abschiebung erforderlich.
- Was passiert, wenn die Jugendlichen das 18. Lebensjahr erreichen?  
Antwort:  
Auch für junge Volljährige kann Hilfe gewährt werden.
- Wie viele Einsätze der Polizei gab es bisher in Zusammenhang mit der Einrichtung und wie viele Strafanzeigen gegen die Bewohner wurden gestellt?  
Antwort:  
Im November/Dezember 2014 gab es 10 Einsätze, für die 24 Einsatzmittel (Streifenwagen) gebraucht wurden. Im gesamten Jahr 2015 gab es 18 Einsätze mit 36 Einsatzmitteln. Die Einsätze erfolgten anfangs unter der Direktive, nicht unter zwei Einsatzwagen einzuschreiten. Die Einsatz-Anlässe wurden in der Kategorie im Laufe der Zeit immer weiter abgestuft.

#### Herr Koch:

- Obwohl eine geschlossene Einrichtung gefordert wurde, bezweifelt Herr Koch die heutige Dringlichkeit dazu. Er fragt, wo die Schwächen einer solchen Einrichtung liegen und warum eine Einrichtung wie die Rekumer Str. 12 an den Stadtrand gekommen ist?  
Antwort:  
Der Stadtrand wurde nicht bewusst als „Paradies“ ausgesucht. Die Frage war, wo gab es die Möglichkeit, schnell etwas zu tun. Ein Argument der Polizei war natürlich auch immer, die Einrichtung nicht unbedingt in der Innenstadt zu etablieren.
- Wie sieht die jetzige Tagesstruktur aus?  
Antwort:  
Aufgestanden werde um 7.30 Uhr bis 8.00 Uhr mit anschließendem kurzem Frühsport, um 9 Uhr sei Unterrichtsbeginn. Unterricht erfolge von 9.00 bis 12.30 Uhr in den Fächern Deutsch, Mathe, Geografie, Kulturtechniken, Verkehrsregeln. Von 12.30 bis 14.00 Uhr sei Mittag. Das Mittagessen bereiten die Jugendlichen selber mit zu. Von 14.00 bis 15.30 Uhr sei Pause, die häufig für Schularbeiten genutzt werden. Von 16.00 bis 18.00 Uhr sei man in der Berufsschule, danach gebe es interne und/oder externe Freizeitaktivitäten.
- Die Unterbringung basiert auf der UNO-Kinderrechtskonvention, kann diese näher erläutert werden?

Antwort:

Es gilt der Umstand, dass für geflohene Jugendliche ohne Eltern das Recht des deutschen Kindes gilt, welches besagt „wir wollen schützen und nehmen in Obhut“. Der Staat tritt an die Stelle der Eltern. Dazu gibt es einen Bremer Erlass, der besagt, dass, wenn Schule oder Ausbildung angefangen wurden, kann der Jugendliche bis zum Abschluss bleiben. Die jetzige Umverteilung spreche eigentlich gegen diese Rechte, da aber Bremen 400 % mehr Jugendliche aufgenommen habe, als es musste, sei eine Entwicklung einer Bleibeperspektive nicht mehr möglich gewesen.

#### Frau Krohne:

- Das bisher Vorgetragene weiche völlig ab von dem strengen Konzept, welches im November 2014 vorgestellt wurde. Damals wurde ihr auf die Frage, was gemacht werde, wenn die Jugendlichen das nicht mitmachen würden, geantwortet, da hätte man schon seine Methoden, die Jugendlichen würden das schon mitmachen. Das scheine nun nicht so zu sein. Wie der jetzige Tagesablauf sei, habe ja Frau Struß als neue Mitarbeiterin zu verantworten und vorgestellt, kenne sie aber das ursprüngliche Konzept und wie war der Tagesablauf im ganzen Jahr?

#### Antwort:

Das ursprünglich vorgestellte Konzept ist Frau Struß durchaus bekannt. Bereits als Jugendamtsmitarbeiterin hat sie Einrichtungen von Herrn Kannenberg mit massiv straffällig gewordenen Jugendlichen belegt, da habe dieses Konzept gegriffen. Die Realität in der Rekumer Str. 12 zeigte, dass das Konzept geändert werden musste, daher wurde nicht an der ursprünglichen Form festgehalten. Wenn etwas nicht funktioniere, müsse etwas Neues her, es gebe durchaus auch weiter Respektraining und Gruppen.

- Von den 20 Personen, die durch das Haus durchgezogen wurden, sei offensichtlich keine auf den richtigen Weg gebracht worden, aber es sei zu Straftaten gekommen. Was für Straftaten waren das und wie sind diese geahndet worden?

#### Antwort Frau Struß:

Die Details der Straftaten unterliegen dem Datenschutz, werden jedoch alle entsprechend geahndet. Jede Straftat wird zur Anzeige gebracht.

#### Antwort Polizei:

Während ihres Aufenthalts in Bremen sei für die 20 Jugendlichen ein Volumen von 500 Straftaten verzeichnet worden. Es handelte sich dabei meist um Eigentumsdelikte, einfachen Diebstahl und schwere Diebstahlsdelikte. 40 Straftaten davon wurden in Bremen-Nord begangen, ein geringer Teil davon wiederum in Blumenthal. ¼ dieser Straftaten fand intern in der Einrichtung statt, es wurde jedoch alles zur Anzeige gebracht. In den Zeiten des Aufenthalts von drei bis 12 Monaten in der Einrichtung habe es unter 70 Straftaten gegeben, in der Relation also weniger. Eine Bewertung des Konzepts erfolge durch die Polizei nicht. Es gebe drei derzeitige Bewohner, die während ihres gesamten Aufenthalts keine Straftat begangen haben. Die Notwendigkeit zur Errichtung einer geschlossenen Einrichtung sehe die Polizei nach wie vor für diejenigen straffälligen Jugendlichen, bei denen nichts anderes mehr greift.

- Wie ist die Personalsituation in der ganzen Zeit gewesen? Wie oft hat das Personal gewechselt, wie war die Fluktuation? Wie oft hat die Heimleitung gewechselt? Gehören Herr Precht und Herr Becker noch zum Team? Wie viele Personen sind zur Betreuung in welcher Funktion im Haus? Wer ist überhaupt der Träger? Hat das noch was mit der Makarenko Schifffahrtsgesellschaft zu tun, ist Herr Precht mit seinem Kinderheim noch damit am Gange? Es erscheine ihr alles sehr dubios und warum das ganze „Akademie“ heißt, dafür bittet Frau Krohne auch um eine Erklärung.

#### Antwort:

Herr Kannenberg habe anfangs ständig und später auch oft im Haus gewohnt, bei Problemen sei er immer vor Ort.

Personalwechsel habe es gegeben, immer wieder, da nicht jeder Pädagoge diese Klientel aushalte. Die jetzigen Kollegen seien alle schon lange dabei.

Herr Precht und Herr Kannenberg seien Gesellschafter der Akademie. Die Gesellschaft heiße „Makarenko Schifffahrt GmbH“, der Untertitel sei „Akademie Lothar Kannenberg“. Es gebe im Haus einen Betreuungsschlüssel von 1:1. Herr Becker sei nicht mehr in dem Bereich tätig.

- Wie bewerten die Polizei und die Sozialbehörde nach der ganzen Zeit das Projekt? Unter der Hand sei zu hören, dass es ein Flop sei. Wie ist die offizielle Bewertung?

Antwort Frau Dr. Rose:

Offiziell bewertet ist die Einrichtung kein Flop. Überzeugend an dieser Stelle sei, dass es hier eine Einrichtung gebe, die mit sehr schwer belasteten Jugendlichen arbeite und immer versuche, Antworten zu finden. Deswegen werde das Konzept immer wieder überprüft und angepasst. Es wäre verheerend, wenn die Einrichtung die Jugendlichen, die nicht in ihr Konzept passten, einfach wegschicken würden. Genau wie bei deutschen Delinquenten zeichnet diese Jugendlichen aus, dass sie aufgrund ihrer bisherigen Erlebnisse dem System mit tiefsten Misstrauen begegnen. Sie würden alles Mögliche ausprobieren, um ihre Grenzen auszutesten. Die Einrichtung sei eine ehrliche Antwort auf Jugendliche mit vielen Problemen. Es sei nachvollziehbar, dass die Mitarbeiterschaft lange brauchte, um sich zu konsolidieren und man ziehe den Hut vor der Arbeit, die dort geleistet werde.

Antwort Polizei:

Eine Bewertung des Konzepts erfolge durch die Polizei nicht. Es gebe drei derzeitige Bewohner, die während ihres gesamten Aufenthalts keine Straftat begangen haben. Die Notwendigkeit zur Errichtung einer geschlossenen Einrichtung sehe die Polizei nach wie vor für diejenigen straffälligen Jugendlichen, bei denen nichts anderes mehr greift.

Herr Meyer:

- An die Fraktion wurden aus der Bevölkerung folgende Fragen herangetragen: Ist bekannt, was der Ortsamtsleiter mit der Einrichtung zu tun hat? Was ist seine Aufgabe und welche Verbindung gibt es zur Akademie?

Antwort:

2015 gingen 20 Jugendliche aus Blumenthal in eine Ferienmaßnahme nach Glinde in Sachsen-Anhalt. Der Ortsamtsleiter wurde eingeladen, sich die Ferienanlage dort anzusehen. Da er sehr interessiert war, hat er sich die Anlage angesehen. Die Reise, die Unterkunft und die Verpflegung hat er selbst bezahlt. Während des Aufenthalts ergaben sich Gespräche mit dortigen Kommunalpolitikern. Dabei waren auch Fotografen, die über die Ferienmaßnahmen berichtet haben. Er habe die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Bilder gegeben.

Der Ortsamtsleiter ist regelmäßig in dem Haus in der Rekumer Str. 12 und hält intensiven Kontakt zu den Betreuern und zu den Jugendlichen.

- Die Einrichtung darf keinerlei Sanktionen ausüben, hat aber doch das Hausrecht. Woran scheitert es, dass dieses ausgeübt werden kann?

Antwort:

Es werden durchaus Sanktionen erteilt, wie z. B. Anzeigen. Gewisse Sanktionen werden auch im Haus umgesetzt. Gewaltausübung und freiheitsentziehende Maßnahmen sind jedoch verboten.

- Warum kommt in der Rekumer Str. das Urkonzept nicht zum Tragen wenn das in anderen Bundesländern geklappt hat?

Antwort:

Es wäre fahrlässig, an dem Urkonzept festzuhalten, wenn festgestellt wird, dass es nicht greift. Wenn im Sommer einige Jugendliche soweit sind, am alltäglichen Schulbetrieb teilzunehmen, könne man sagen, auch das jetzige Konzept habe geklappt.

Herr Balz:

- Herr Balz zieht zur Einrichtung das Resümee, dass viel vorausgesagt wurde, was passieren werde und davon viel eingetreten sei. Es habe eingeschlagene Scheiben gegeben, Personal sei bedroht worden, ein Mitarbeiter sei mit Messern bedroht worden. Es handele sich um eine Einrichtung, die jährlich 1,4 Millionen Euro koste, von der aber scheinbar nicht viel Erfolg ausgehe. Von den 20 Jugendlichen seien viele wieder rückfällig geworden, wenn auch nicht in Blumenthal und würden durch ein hohes Maß an Straftaten die Polizei in Atem halten und weitere Kosten verursachen. Das Konzept sei daher auf den Prüfstand zu stellen.  
Die Frage stelle sich, ob es konkret Überlegungen gebe, sich auch andere Betreiber anzuschauen. Seines Wissens habe sich ein Firma „Wolkenkratzer“ auch angeboten.
- Sollte nicht das Ressort die Bürgerschaft dazu drängen, sich anzusehen, was die Handhabe gegenüber den Jugendlichen angehe? Wenn das nicht möglich sei, habe die Einrichtung ihre eigentliche Aufgabe verwirkt, den Jugendlichen Respekt und Gehorsam beizubringen. Wie kann der Bevölkerung gegenüber vertreten werden, dass so viel Geld für 20 Jugendliche in die Einrichtung gesteckt werde und keine Effizienz zu sehen sei? Es gebe diverse deutsche Jugendliche, mit denen anders umgegangen werde, diverse würden im Knast sitzen und sich fragen, warum es „den anderen“ so gut gehe.

Antwort:

Bei einer Kapazität von 12 Personen zur Belegung mit maximalem Tagessatz ergibt sich rechnerisch eine Summe von ca. 878.000 € jährlich. Die Höchstbelegung wurde aber nie erreicht.

„Wolkenkratzer“ habe andere Konzepte. Die Firma sei stark involviert in Bremen und habe verschiedene Einrichtungen übernommen. Die Akademie Kannenberg habe ebenfalls mehrere Einrichtungen übernommen, man sei sehr zufrieden damit.

Die Mitarbeiter leisteten sehr gute Arbeit, die Träger arbeiteten zunehmend zusammen. Die Maßnahmen für die Jugendlichen wurden erweitert, es gebe auch ambulante Maßnahmen oder Haftverschonungsmaßnahmen. Es seien aber auch 18 Personen aus der Gruppe der straffällig gewordenen umA in Haft. Auch diese Sanktionen gebe es. Gleichzeitig werde eine Weiterentwicklung zusammen mit Jugendrichtern angestrebt.

Wenn erwartet werde, dass mit einer Einrichtung die Problemlagen geklärt werden, dann habe man sich getäuscht und müsse mit seinen Erwartungen noch einmal in die Prüfung gehen. Man brauche Geduld, es gebe nicht eine Maßnahme, die man wähle, und dann sei alles in Ordnung.

Auch bei deutschen Jugendlichen in der Delinquenz gebe es viele Rückfälle und es würden immer wieder neue Maßnahmen probiert. Für einige seien keine Antworten zu finden. Herr Kannenberg werde und dürfe aber nicht aufhören, immer wieder zu versuchen, Antworten zu finden. Die Heimaufsicht redet immer mit bei dem Umgang mit Jugendlichen, es gebe Auflagen und die Maßnahmen seien abgesprochen.

- Wer legt fest, ob die Jugendlichen aus ihrer persönlichen Eignung und ihrer kriminellen Energie heraus für die Beschulung geeignet sind? Eltern müssten sicher gehen können, dass ihre Kinder unbeschadet zur Schule gehen können.

Antwort:

Die Beschulbarkeit wird unter Beteiligung der Lehrer der Schule geprüft. Nachmittags solle eine Beschulung in Kooperation mit Lehrern der Berufsschule erfolgen. Wenn der Besuch einer Regelschule erreicht werde, gehe ein Betreuer mit.

- Vor dem Haus sei ein „Riesenberg Sperrmüll“ zu sehen. Werde das Haus ausgebaut oder erweitert oder sei nach einem Jahr schon wieder „alles hin“, weil randaliert wurde?

Antwort:

Im Haus werde gemeinsam mit den Jugendlichen renoviert. Es habe eine Auseinandersetzung zwischen einem Jugendlichen und einem Betreuer geben, bei der der Betreuer geschlagen wurde. Der Jugendliche musste das Haus verlassen.

Da es auch aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger keine Fragen mehr gibt, wird der TOP beendet.

**TOP 7: Wahl eines Mitgliedes der Fraktion Bürger in Wut für den Ausschuss Blumenthal Zentrumsentwicklung**

Vorgeschlagen wurde Frau Bhandal.

Ohne weitere Aussprache wird per Handzeichen gewählt.

Ergebnis:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Damit ist Frau Bhandal gewählt.

**TOP 8: Wahl eines Mitglieds gemäß § 23 (5) OBG der FDP für den Ausschuss Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt**

Vorgeschlagen wurde Herr Meyer.

Frau Riegert beantragt geheime Wahl.

Ohne weitere Aussprache wird gewählt.

Ergebnis:

12 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Damit ist Herr Meyer gewählt.

**TOP 9: Anträge**

- a. SPD – Antrag: Aufruf zu ehrenamtlichen Engagement an Schulen  
→ *verwiesen in den Beirat aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendinteressen vom 25.01.2016*
- b. CDU – Antrag: Umsetzung und Bau einer Bedarfsampel bei der Kita Farge
- c. CDU – Antrag: Planungsstand Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Farge
- d. Linke – Antrag: Danke an Ehrenamtliche
- e. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Stadtteilbudgets transparent ausweisen
- f. Herr Balz – (Dringlichkeits-) Antrag zum Thema Betrug an älteren Mitbürgern
- g. Die Linke – (Dringlichkeits-) Antrag: Gullydeckel befestigen
- h. Die Linke – (Dringlichkeits-) Antrag: Schäden in der Mühlenstraße

a. SPD – Antrag: Aufruf zu ehrenamtlichen Engagement an Schulen  
→ verwiesen in den Beirat aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendinteressen vom 25.01.2016

Herr Nowack erklärt, da der Antrag bereits im Bildungsausschuss vorberaten, ausführlich diskutiert und mehrheitlich angenommen wurde, könne die Abstimmung erfolgen.

Frau Krohne stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über den Antrag zu sprechen. Es erfolgt keine Gegenrede. Dem Antrag wird damit entsprochen.

Frau Krohne möchte wissen, an wen sich der Antrag überhaupt richte, da die Angesprochenen sowieso beworben werden würden und Schulfremde das Schulgelände nicht betreten dürften. Weiter fragt sie, ob die Schulen überhaupt mit dem Aufruf einverstanden seien.

Da im Aufruf auch dazu aufgefordert werde, für die Bildungsbrücke zu spenden, frage sie sich, wer aus der SPD sich im Gegensatz zu einem Mitglied der Linken überhaupt in der Bildungsbrücke engagiere. Abgesehen von den sachlichen Unzulänglichkeiten sei es unpassend, als Beirat die moralische Keule zu schwingen. Ehrenamtliche sollten sich frei dazu entscheiden. In Bezug auf die Schulen wolle ihre Fraktion nicht, dass ehrenamtliche Arbeit die reguläre Arbeit ersetze. Der Verweis auf Eva Seligmann sei daneben, da diese Lehrerin gewesen sei und sich in ihrer Freizeit in ihrem Berufsbereich engagiert habe. Die Fraktion Die Linke lehne den Antrag daher aus den genannten Gründen ab.

Herr Thormeier kann beim besten Willen nicht erkennen, was schlecht daran sein solle, wenn Bürger dazu aufgerufen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dies bedeute keine Schelte für die bereits tätigen Ehrenamtlichen sondern im Gegenteil sogar ein Lob und Anerkennung. Schulen sollten jedoch die entsprechende Bereitschaft zeigen.

Herr Koch findet den Antrag gut, er beinhalte aber auch die Gefahr, dass staatliche Aufgaben durch ehrenamtliche Tätigkeit ausgehöhlt werden könnten. Insgesamt sei der Aufruf aber zu befürworten und zu unterstützen, wenn der Antrag der Linken, der explizit darauf Bezug nehme, das ehrenamtliche Engagement nicht als Ersatz staatlicher Leistung zu verstehen, zusammen mit dem Antrag zum Aufruf abgestimmt werde.

Herr Pfeiff findet es unglaublich, von einer moralischen Keule zu reden. Es gehe schlicht und einfach darum, sich bei den schon tätigen Ehrenamtlichen zu bedanken und andere ebenfalls zu noch mehr Engagement aufzurufen. Der Aufruf richte sich sowohl an die Eltern als auch an alle anderen, die einfach Lust haben, sich im Stadtteil ehrenamtlich zu betätigen und etwas für die Kinder und Schulen zu tun. Bildungspaten habe es auch in der Vergangenheit schon gegeben, um Jugendliche und Kinder zu begleiten und an die Hand zu nehmen.

Herr Nowack ruft dazu auf, die Entscheidung des Bildungsausschusses zu respektieren und nicht erneut eine Grundsatzdiskussion zu führen.

Es folgt die Abstimmung.

Ergebnis:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

b. CDU – Antrag: Umsetzung und Bau einer Bedarfsampel bei der Kita Farge

Herr Koch erklärt, das Thema werde bereits seit 17 Jahren im Beirat behandelt, in denen die Behörde immer wieder zum Bau einer Ampel aufgefordert wurde. Da in der Beirätekonferenz bereits über Stadtteilbudgets gesprochen wurde, könne die Maßnahme also bald in der Beiratskompetenz liegen. Er fragt, was eine Ampel kosten würde und ob nicht ein Zebrastreifen einen ähnlichen Zweck erfüllen könne.

Herr Pfeiff erklärt, ein Zebrastreifen werde abgelehnt bzw. sei zu diskutieren, ob ein Zebrastreifen nicht zusätzliche Gefahren für die Kinder bedeute, die nicht die Aufmerksamkeit hätten, den Verkehr einzuschätzen. Über das Thema solle jetzt zum 3. Male abgestimmt werden. Er werde seine Zustimmung wieder geben, möchte aber nicht, dass das Thema für eine Showveranstaltung oder Facebook-Kampagne genutzt werde, damit eine Partei ihren ganz besonderen Einsatz für die Rekumer Straße deutlich machen könne.

Herr Runge weiß nicht, wieso über eine Ampel vor einem Kindergarten diskutiert werden muss, wenn den ganzen Abend zu hören war, wie das Geld rausgeschmissen werde.

Herr Schwarz meint, der Antrag habe nichts mit einer Show zu tun. Es sei mit den Eltern abgestimmt worden, den Druck zu erhöhen. Ein Zebrastreifen vor der Kita sei nicht gewollt. Es sei üblich, so etwas heutzutage auch über soziale Netzwerke zu diskutieren.

Herr Nowack berichtet über eine Information des ASV, dass eine Ampel im Mittel ca. 50.000 € koste, dies könne extrem mehr werden, wenn aufgrund der Zuwegungen Tiefbauarbeiten notwendig werden und richte sich auch nach dem Querungsweg (Fahrbahnbreite). Ein Zebrastreifen koste, wenn ALLES stimme, ca. 10.000 €. Sobald weitere Arbeiten (Beleuchtung anpassen, Zuwegungen anpassen aufgrund der Sichtverhältnisse) dazu kämen, was in der Regel der Fall sei, sei auch hier mit extremen Mehrkosten zu rechnen. In der Rekumer Straße befinde sich eine Bushaltestelle „im Wege“, die verlegt werden müsste, die Kosten könnten sich dann bis auf 100.000 € ausweiten. Wenn also die Stadtgemeinde die Ampel nicht bezahlen werde, lege der Beirat sich fest, dass Stadtteilbudget für die nächsten zwei Jahre auszugeben.

Herr Thormeier erklärt, das Thema solle erst einmal an die Deputation weitergegeben werden. Er bezweifelt die genannten Kosten und sei gerne bereit, eine Kostenberechnung beizubringen.

Herr Meyer kann letztendlich nur bestätigen, dass man weit unter 50.000 € liegen werde. Es passiere in der Gegend jetzt schon zu viel, was nicht gemeldet und veröffentlicht werde. Er unterstütze den Antrag in vollem Umfang.

Herr Balz schlägt vor, eine Partnerschaft für die Ampel durch Sponsoren oder unter Beteiligung der Privatwirtschaft ins Leben zu rufen.

Frau Krohne meint, die Ampel müsse dahin. Wenn das alles so teuer werde, was würden denn Baustellenampeln kosten, die auch überall aufgestellt werden würden?

Es folgt die Abstimmung.

Ergebnis:

14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die weiteren Anträge in die nächste Beiratssitzung vertagt.

### **TOP 10: Verschiedenes**

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

11.02. 18:30 Uhr Diskussionsveranstaltung der Handelskammer und des Wirtschaftsrates Bremen-Nord in der Strandlust: „Handeln für Bremen-Nord! Der Bürgermeister im Gespräch“

22.02. 18:30 Uhr Sitzung des Beiratsausschusses für Kultur, Sport und Freizeit – Ort noch

29.02. 18:30 Uhr      offen – mit dem Thema: „Zukunft Kämmereimuseum“  
Sitzung des Regionalausschuss Bremen-Nord im Stadthaus Vegesack  
mit dem Thema: „Zukunft des Finanzamtes Bremen-Nord“

14.03. 19:00 Uhr      Sitzung des Blumenthaler Beirats im SZ Eggestedter Str. mit u.a.  
folgenden Themen:  
Stromtrassen über Lüssum und Richtlinie „Verkehr“

Herr Nowack beendet die Beiratssitzung um 21:45 Uhr.

gez. Nowack

gez. Reimers-Bruns

gez. Rohde

\_\_\_\_\_  
Vorsitz

\_\_\_\_\_  
Beiratssprecherin

\_\_\_\_\_  
Protokoll